

# Vossische

15 Pfennig

Gegründet



1709

# Zeitung

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Die Vossische Zeitung erscheint wöchentlich zwölfmal, die Postausgabe in vergrößertem Umfang montags (Morgen- und Abendblatt vereint). Sonntags und Feiertagen wird keine Ausgabe gegeben. Umschau in Technik und Wirtschaft", "Für Reise und Wanderung" — „Literarische Umschau“

Wöchentlich 1-Mark, monatlich 4.50 Mark in Berlin und Orten mit eigener Zustellung. Ausland: 2-Mark. Bei Abnahme von 10 Exemplaren wird ein Rabatt von 10% gewährt. Bei Abnahme von 50 Exemplaren ein Rabatt von 20%. Bei Abnahme von 100 Exemplaren ein Rabatt von 30%. Bei Abnahme von 200 Exemplaren ein Rabatt von 40%. Bei Abnahme von 500 Exemplaren ein Rabatt von 50%. Bei Abnahme von 1000 Exemplaren ein Rabatt von 60%. Bei Abnahme von 2000 Exemplaren ein Rabatt von 70%. Bei Abnahme von 5000 Exemplaren ein Rabatt von 80%. Bei Abnahme von 10000 Exemplaren ein Rabatt von 90%. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in bestimmte Nummern.

Verlag Ullstein: Chefredakteur: Georg Brandt. Vorstand: Redakteur (in Abs. d. Handelsliste): Carl Misch. Berlin Ullstein. Manuskripte werden zurückschickt, wenn Forts begehrt.

Verlag und Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstr. 22-26

Fernsprech-Zentrale Ullstein, Am Dönhofsplatz 8000-8065, für den Fernverkehr. Am Dönhofsplatz 8068-8095, Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus, Berlin. Postfachkonto Berlin 664.

## Streit um das Vertrauensvotum

### Luthers neue Ministerliste.

Reichsfinanzminister Dr. Luther hat seine Verhandlungen über die Regierungsbildung nahezu abgeschlossen. Die Zusammenfassung des neuen Kabinetts ist inoffiziell bereits bekannt:

Reichstanzler: Dr. Luther.

### Parlamentarische Vertrauensmänner der Parteien:

Hr. Dr. Stresemann (Deutsche Volkspartei); Herr Herrsch. Hr. Dr. Schiele (Deutschnationale); Herr Herrsch. Hr. Dr. Brüning (Zentrum); Hr. Dr. Brüning (Zentrum); Hr. Dr. Brüning (Zentrum).

### Den Parteien politisch nahestehende Fachminister:

Wirtschaft: Ministerdirektor a. D. Neuhaus (Deutschnational); Justiz: noch unbekannt, aber die Deutschnationalen werden vorgeschlagen; Ernährung: Graf Rautsch (Deutschnational); Justiz und besetzte Gebiete: Oberlandesgerichtspräsident Schönlank (Zentrum); Finanzen: Minister a. D. Dr. Gumbel (Deutsche Volkspartei); Post: Minister a. D. Stangl (Oberpreussische Volkspartei).

Reichswehrminister Heintz Dr. Heintz, der zwar Demokrat ist, aber ohne Verbindung und ohne Verbindung in die Regierung einzutreten, die demokratische Fraktion also in keiner Form an die neue Regierungslösung bindet oder sie mit ihr verbindet. Die scharf oppositionelle Haltung der Demokraten gegenüber dem Kabinett Luther wird durch das Verhalten Dr. Heintz in keiner Weise beeinträchtigt.

Aus dieser Ministerliste ergibt sich, daß bei parlamentarischen auch nichtparlamentarische Minister (den Reichstanzler eingeschlossen) gegenüberstehen. Dadurch soll der „überparteiliche“ Charakter der Regierung Luther gewahrt werden. Im Widerspruch mit man es mit einem „absolut nach rechts orientierten Kabinett“ zu tun, mit einer gar nicht mehr „neutralen“ Reichsregierung, in der die Deutschnationalen das entscheidende Uebergewicht haben werden. Schon allein durch ihre Zahl. Während die anderen Parteien sich mit einem parlamentarischen und einem Fachminister begnügen müssen, treten neben dem fraktionsvorsitzenden der Deutschnationalen, Hr. Dr. Schiele — der laut der Reichsliste das Innere übernehmen hat, weil er ein politisches Fortschrittskabinett — drei „Fachminister“ in die Regierung ein. Der neue Reichsfinanzminister ist nicht gefunden. Staatsrechtler Dr. Frahnke, der genannt wurde, ist offensichtlich nicht Mitglied der Deutschnationalen Partei. Und ein Deutschnationaler muß sein. Ministerdirektor a. D. Neuhaus, der Wirtschaftsfachminister werden soll, hat — wie man weiß — nach dem Mißlingen des Cui auf die Weimarer Verfassung verzichtet und ist deshalb aus dem Staatsdienst ausgeschlossen. Er ist dem tabulierten Mitglied der Deutschnationalen zugewöhnt. Graf Rautsch wird zwar von den Deutschnationalen offiziell nicht mehr als ihr Mitglied anerkannt, weil er formell aus der Partei ausgeschlossen ist, um in das zweite Kabinett Stresemann als Ernährungsfachminister einzutreten zu können. Das ändert aber nichts an der Tatsache, daß er Deutschnationaler ist. Die Deutschnationalen haben also mit vier eigenen Leute starke Vertretung in der Reichsregierung erreicht, die sie seit zwei in allen Verhandlungen regelmäßig „streicht“ haben. Das zeigt von den vier eigenen nicht mit Parlamentarieren befaßt sind, ändert nichts an dem Bewußtsein der Zahl und des politischen Einflusses der Deutschnationalen. Graf Rautsch wird zwar von den demokratischen Fraktionen ausdrücklich nicht mehr als ihr Mitglied anerkannt, weil er formell aus der Partei ausgeschlossen ist, um in das zweite Kabinett Stresemann als Ernährungsfachminister einzutreten zu können. Das ändert aber nichts an der Tatsache, daß er Deutschnationaler ist. Die Deutschnationalen haben also mit vier eigenen Leute starke Vertretung in der Reichsregierung erreicht, die sie seit zwei in allen Verhandlungen regelmäßig „streicht“ haben. Das zeigt von den vier eigenen nicht mit Parlamentarieren befaßt sind, ändert nichts an dem Bewußtsein der Zahl und des politischen Einflusses der Deutschnationalen.

Nach ein anderes: Von den elf Mitgliedern der Regierung Luther sind nur drei, die sich zu Schwarz-Rot-Weiß, und acht, die sich zu Schwarz-Weiß-Weiß bestimmen. Es ist eine ausgesprochen Schwarz-Weiß-rote Regierung. Aus diesen Tatsachen ergibt sich die Schlussfolgerung, daß die Regierung republikanisch und demokratisch sein wird, nicht jedoch sozialistisch. Von der Haltung und Einstellung der Regierung Luther haben die Deutschnationalen die maßgebende störende Stellung, den größten Anteil an der Verantwortung für die Gesamtpolitik.

Das Kabinett Luther will sich am Freitag dem Reichstag vorstellen, der bis dahin noch offiziell ernannte Reichstanzler Dr. Luther in dieser Sitzung die Regierungserklärung abgeben. Es schien gestern, als ob die Deutschnationalen die Ernennung des neuen Reichsfinanzministers noch hinauszögern würden. Der Streit um die Vertrauensformel ist noch nicht endgültig beigelegt. Die Deutschnationalen hatten gefordert, daß die in der Regierung vertretenen Parteien sich nur vordringlich verpflichten sollten, nach der politischen Ansprache über die Regierungserklärung einen Antrag anzunehmen des Inhaltes, der Reichstag billige die Erklärung der Regierung unter Bezugnahme auf den Artikel 64 der Reichsverfassung. Dieser Artikel lautet:

„Der Reichstag und die Reichsminister bedürfen zu der Einwirkung des Vertrauens des Reichstages. Jeder von ihnen muß zurücktreten, wenn ihm der Reichstag durch ausdrücklichen Beschluß sein Vertrauen entzieht.“

Ein so formulierter und angemessener Antrag würde ein ausdrückliches Vertrauensvotum bedeuten. Dazu wollte sich das Zentrum aus naheliegenden Gründen nicht verstehen. Es lehnte die deutchnationale Forderung ab und erklärte sich bereit, einen Antrag zuzustimmen, in dem ausgesprochen wird, daß der Reichstag die Erklärungen der Regierung billige. Am Nachmittag ist es, als ob die Deutschnationalen sich damit zufrieden gegeben hätten, am Freitag Abend aber nahmen sie ihre Forderung nach dem Vertrauensvotum wieder aus. Die Entscheidung in Preußen gefallen ist, und auf den Wunsch, das Zentrum zu sperren. Im preußischen Landtage beginnt Freitag die politische Debatte. Die Deutschnationalen legen die Vorschläge über die vorliegenden Anträge gefordert werden, und in Preußen eine Regierungskrise entstehen könnte. Dann würde es ihnen vielleicht gelingen, in den gleichzeitigen Verhandlungen über die Regierungsbildung im Reich und in Preußen den offenen Reichstisch hier und dort durchzubrechen.

Das Verhalten der Deutschnationalen aber, das Zentrum zu sperren, ist bekannt. Wenn es ihnen gelingt, durch seinen Druck den Reichstanzler dahin zu bringen, daß es einem formellen Vertrauensvotum seine Zustimmung gebe, dann würde der hintere Schritt aus der Fraktion und aus der Partei bringen. Es ist schon zweifelhaft, ob dieser hintere Schritt auch nur für einen Antrag auf Billigung der Regierungserklärung hinreicht — die Verletzung eines Vertrauensvotums hätte er nicht erreicht, das Zentrum wäre auseinandergefallen, der mehr nach rechts neigende Schritt völlig unter dem Einfluß der Rechten geraten und der vollendete Reichstisch im Reich und in Preußen möglich.

Das zeigt den Tendenzen in der Deutschnationalen Fraktion. Es ist zweifelhaft. Aber das zeigt das Zentrum, es wird sich nicht in die Deutschnationalen Falle zu geben und die Einheit der Partei auf Spiel zu lassen. Die Antwort wird sich heute genau abzeichnen lassen wie gestern, und die Deutschnationalen werden sich wohlweislich hüten, es auf die Spitze zu treiben und die Regierung Luther zu gefährden. Ein Einlenken der Deutschnationalen ist unvorstellbar vorzuziehen, besonders, da Dr. Luther heute sein Kabinett ernannt haben wird und die Deutschnationalen gefordert werden zu verstehen gegeben hat, er würde sie für ein Schwerein seiner Mission verantwortlich machen müssen, wenn sie auf ihrer Forderung, die nicht die seine sei, bestehen sollten. Die Deutschnationalen haben ja auch einmütig, als Dr. Luther von ihnen die Zurechnung der Interpellation verlangte, die sich gegen die Regierung des Reichsfinanzministers für den Reichspräsidenten am Tage nach dem Wagnersberg-Urteil wandte. Die Deutschnationalen haben die Interpellation als „Ergänzung“ zum Reichstag mit sich genommen — wenn die Dinge heute so laufen, wie Dr. Luther es voraussetzt — die Erklärung der Regierung Luther entgegenkommen. Man wird auf diese Regierungserklärung, auf das, was sie sagen, und noch mehr auf das, was sie nicht sagen wird, neugierig sein dürfen.

Gegen Mitternacht wurde gestern folgendes amtliche Communiqué ausgegeben: „Die heutigen informativsten Besprechungen des Reichsministers Dr. Luther mit den Fraktionsvertretern haben zu einer

grundständigen Arbeit über die Art der zu bildenden Regierung gemäß dem bereits befaßten gegebenen Plan Dr. Luthers (Reichsminister und Fachminister) und über die Vertretung der Parteien geführt. Dagegen sind die Erörterungen innerhalb der Fraktionen über die Form und Art, in der der Regierung die Zustimmung ausgesprochen werden soll, noch nicht in allen Fraktionen abgeschlossen. Am Freitag wird dieser Frage, die morgen Donnerstagmittag, zu erörtern ist, die Bildung der beschlossenen Reichsregierung ab. Bei dieser Gelegenheit hat Reichsminister Dr. Luther dem Reichspräsidenten in später Abendstunden berichtet, daß seine informativste Aufgabe abgeschlossen ist, und daß er bereit ist, die Bildung der Reichsregierung zu übernehmen, sobald die erforderlichen Fraktionsbeschlüsse vorliegen. Der Deutschen Demokratischen Fraktion hat Dr. Luther nochmals die Beteiligung an der Regierung angeboten. Der Reichstag, der noch, hat das Minister, vorkonkurrenz der Stellungnahme der Fraktionen, garantiert, daß trotz erörterten Beschlüssen die Fraktion bereit ist, eine abwartende Stellung einzunehmen.“

## Preußens Kurs.

Die Regierungserklärung in Landtag.

Als gestern nachmittag im Landtag Präsident Bartsch — der nicht die erwartete Eingetragene und Abwartende seines politischen Glaubensgenossen Löbe beifügt, aber mit Würde und gelassener unverwundeter Ruhe sein Amt vertritt — verkündete, daß das Haus in die Beratung des dritten Punktes der Tagesordnung eintritt (Eingetragene eine Erklärung der Regierung), und als Ministerpräsident Brauns von seinem Platz auf der Regierungsbank auf die Rednertribüne hinübergetreten, erhoben sich die Deutschnationalen und die Reichsvereinigten von ihren Plätzen und verließen den Sitzungssaal. Obgleich nicht der Sozialdemokraten: „Günther Himmels“ befehligen die zweite Sitzung der Demonstration die je häufiger sie sich wiederholt, um so leiser und lächerlicher wird müssen. Die Deutschnationalen und die Reichsvereinigten liegen nur Beobachtungs- und Beobachtungs. Die Deutsche Volkspartei aber die eigene Seite und das Zentrum kaumig geworden. Wenn man auch nicht so optimistisch sein wollen, zu hoffen, daß die Einheit und Einigkeit je große Fortschritte machen wird, daß die Deutsche Volkspartei sich sehr wohl wieder zu der Großen Koalition bekennt, die sie im Inneren ihres Bezugs preßt, so ist doch wenigstens fest zu stellen, daß die Erwartung von Wiederholung einer Entzweiigung gehiehet hat.

Es war auch ganz gut, daß die Volkspartei im Landtag blieben, denn die Rede des Ministerpräsidenten Brauns gerade für sie von besonderem Interesse. Von der Deutschen Volkspartei ist der Antrag ausgesprochen, der Brauns solle festhalten, daß das Kabinett Brauns auf Grund des Artikels 45 der Reichsverfassung verpflichtet ist, zurückzutreten. Der erste Teil der Rede des Preussischen Ministerpräsidenten war der Überlegung wert, die schiefen Interpretationen des Artikels 45 gegen den Ministerpräsidenten Brauns nicht zu Argumente des Staatsministers ins Feld, sondern auch die gutwilligen Äußerungen hervorragender Staatsrechtler und des Reichspräsidenten im Juli 1924 im Hintergrunde, von dessen Inhalt Brauns nicht zu den wichtigsten Fällen der Regierung kam, daß sie politisch inszeniert seien. Um ihnen weiß man ja, daß auch die besten juristischen Köpfe der Deutschen Volkspartei selbst nicht die offizielle Auffassung der Fraktion teilen und den Artikel 45 nicht in dem Sinne des Ministerpräsidenten Antrages auslegen. Ministerpräsident Brauns hatte vollkommen recht, wenn er sagte, daß er sich bei der laotestrichlichen Seite dieses Vorstoßes gegen die Regierung nicht allzu lange aufhalten wollte, weil die juristischen Fragen doch nur dazu dienen sollen, das politische Problem in den Hintergrund zu drängen, um sich zu verhalten. Im Reichstag handelt es sich um eine rein politische Frage, der die Deutsche Volkspartei nur auszuweichen vermag, weil sie nicht gut folgen konnte, die verläßt die große Koalition und das Kabinett dieser Koalition aus jodischen Gründen.

Diese politischen Motive fehlen. Man weiß, daß der Ministerpräsident Brauns nicht nur ein Minister, sondern ein Mitglied der Preussischen Staatsministerien in Worten hohen Zebes die Tätigkeit und die überparteiliche Haltung der Regierung Brauns gerühmt hat. Von diesem für sie gefährlichen Terrain der politisch-justiziellen Auseinandersetzung muß die parteipolitische Antrag abgesehen werden. Ministerpräsident Brauns hat auch heute seinen Rede erregungen, daß die Ausprache über die Regierungserklärung auf diesem Boden wird geführt werden müssen. Was er